



Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2005

Am 18. September werden voraussichtlich vorgezogene Bundestagswahlen stattfinden. Dazu haben die im Stadtjugendring Mannheim e.V. zusammengeschlossenen Jugendverbände Fragen und Statements aus unterschiedlichen Themenbereichen formuliert, zu denen sich die Kandidatinnen und Kandidaten aller angetretenen Parteien äußern sollen. Die Antworten sollen interessierten Wählerinnen und Wählern - vor allem jenen, die zum ersten Mal an die Wahlurne gehen dürfen - einen Anhaltspunkt bieten, welche Positionen mit den eigenen am besten übereinstimmen und die schwierige Entscheidung der richtigen Kreuze erleichtern.

Thema: Familienförderung

Nach wie vor ist die Unterstützung für berufstätige Eltern, besonders wenn man sich in der europäischen Union umschaute, alles andere als optimal. Zwar gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz, aber die Betreuungssituation für Kinder unter 3 Jahren ist alles andere als optimal. Vor allem Alleinerziehende haben dadurch enorme Schwierigkeiten, im Berufsleben verankert zu bleiben und den eigenen Unterhalt selbst zu erwirtschaften. Wer die Unterstützung von Eltern Ernst nimmt, muss hier initiativ werden. Ein gesetzlicher Anspruch auf einen Krippenplatz ist dabei eine von vielen Möglichkeiten.

Ist eine solche Lösung in Ihren Ansätzen zur Familienförderung enthalten? Gibt es weitere Vorschläge zur Unterstützung?

Thema: Soziale Gerechtigkeit

Hartz IV hat eine Entwicklung verstärkt, die auf Dauer den sozialen Frieden in Deutschland gefährdet. Die Kluft zwischen arm und reich wird unübersehbar größer, die Zahl der Kinder, die in Armut aufwachsen und auf Sozialhilfe angewiesen sind, wächst von Tag zu Tag. Menschen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet und Sozialbeiträge gezahlt haben, werden nach 32, ab 2006 schon nach 18 Monaten Arbeitslosigkeit praktisch zu Sozialhilfeempfängern, ganz Familien geraten in Existenznöte.

Sehen Sie die Notwendigkeit von Korrekturen oder gar einer Umkehr dieser Entwicklung?

Thema: Steuerpolitik

In den letzten Jahren hat es eine große steuerliche Entlastung für Firmen und Spitzenverdiener gegeben. Dies hat jedoch nicht zu der erhofften konjunkturellen Belebung geführt. Nahezu alle Parteien planen für die Zeit nach der Wahl einen Dreh an der Steuerschraube, sei es jetzt durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Einführung einer sog. "Reichensteuer".

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer würde auch Menschen mit kleinem Geldbeutel belasten und wäre von diesen kaum verkraftbar. Dem gegenüber ist auch nur der von der Reichensteuer betroffen, der sein Bruttoeinkommen nicht per Steuerberater herunterrechnen kann. Eine andere Idee ist die Einführung einer Luxussteuer, die im Gegensatz zur Mehrwertsteuer nur bei hochpreisigen Produkten wirksam wäre.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Finanzierung des Staatshaushalts sichern?

Thema: Jugendverbandsarbeit

Seit Jahren werden die jeweiligen Regierungen nicht müde, die Bedeutung der Jugendverbandsarbeit hervorzuheben. Besonders in Zeiten knapper Kassen hat die Förderung ehrenamtlichen Engagements einen hohen Stellenwert. Ehrenamt gibt es aber nicht zum Nulltarif. Auch Jugendverbände müssen verlässlich planen und agieren können, denn Kontinuität ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Aufwändige und prestigeträchtige Projekte stehen einer nachhaltigen Jugendarbeit diametral entgegen.

Wie wollen Sie eine dauerhafte Finanzierung der Ringe und Verbände sicherstellen?

Thema: Bildungspolitik

Nicht erst seit PISA ist die Ausgestaltung unseres Bildungssystems in der Diskussion. Die Annäherung von schulischer und außerschulischer Bildung ist ein Schritt in die richtige Richtung, bedarf aber noch weiterer Anstengungen. So reicht es nicht, Millionen an die Schulen zu verteilen, um dort eine Ganztagsbetreuung zu gewährleisten. Auch die Jugendverbände, die als Kooperationspartner in diesem System agieren sollen, brauchen entsprechende Ressourcen, damit nicht am Ende die eigene Verbandsarbeit am Abgrund steht.

Wie wollen Sie den Jugendorganisationen eine Beteiligung an den Kooperationen ermöglichen?

Thema: Wahlalter

Unsere Republik wird immer älter. Die Lebenserwartung steigt, gleichzeitig bleibt der Nachwuchs aus. Somit steigt das durchschnittliche Alter der Wahlberechtigten kontinuierlich an. Dem entsprechend gibt es auch eine Verlagerung der Interessen und damit liegt der Fokus auf den Politiker/innen, die mit diesen Interessen konform gehen. Um zu verhindern, dass die Interessen von jungen Menschen mehr und mehr in den Hintergrund geraten, muss die Teilhabe der Jugend an der politischen Willensbildung wieder verstärkt werden. Vielerorts ist eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre seit langem in der Diskussion.

Ist dies für Sie der richtige Weg zu mehr Teilhabe oder favorisieren Sie andere Lösungen?

Thema: Ausbildung/Lehrstellen

Für das zurückliegende Ausbildungsjahr hatten Bundesregierung und Wirtschaft einen Ausbildungspakt besiegelt, der 30.000 neue Lehrstellen schaffen sollte. Außerdem wurde garantiert, dass jeder Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz sucht, auch einen findet. Die Realität sieht leider anders aus. Wenn beispielsweise im Donnersbergkreis von 190 Schüler/innen aus 2 Hauptschulen 110 in der Warteschleife landen (Rheinpfalz vom 30. Juni 05), kann das nicht mehr mit mangelnder Qualifikation der Bewerber/innen erklärt werden. Hier werden Politik und Wirtschaft ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Ist für Sie die seit langem geforderte Ausbildungsplatzabgabe für alle Betriebe, die aufgrund ihrer Größe und Struktur ausbilden könnten, dies aber nicht tun, der richtige Weg, um jungen Menschen wieder eine Perspektive zu geben?

Thema: Ausbildung/Studium

Da der Kulturbereich nach wie vor Ländersache ist, haben die unionsgeführten Bundesländer Studiengebühren eingeführt. Dies wird dazu führen, dass Studierende dorthin wechseln müssen, wo sie sich ein Studium noch leisten können. Niemand darf aber wegen seiner mangelnden finanziellen Leistungsfähigkeit seiner Bildungschancen beraubt werden.

Lassen sich Studiengebühren durch eine entsprechende Erhöhung des BaFöG kompensieren oder haben Sie andere Ansätze zur Lösung des Problems?

Thema: Europa

Franzosen und Niederländer haben den Verfassungsentwurf für die europäische Union kürzlich abgelehnt. Dies haben sie aber nicht aus dem hohlen Bauch heraus getan, denn mit der bevorstehenden Abstimmung vor Augen haben sich sowohl die Politiker/innen als auch die Wähler/innen wesentlich intensiver mit den Inhalten der Verfassung beschäftigt als bei uns. Europa ist aber nur dann lebensfähig, wenn nicht nur Kommissionen und Gremien, die die Verfassung ausgearbeitet haben, sie verstehen, sondern wenn möglichst viele Menschen dahinter stehen. Auch in Deutschland muss eine intensivere Auseinandersetzung um Europa stattfinden, damit die Menschen selbstbestimmt "JA" sagen können.

Ist ein Referendum auch in Deutschland ein gangbarer Weg zur Lösung der Krise und zur Steigerung der Akzeptanz?

Thema: Erneuerbare Energien/Klimaveränderungen/Atomkraft

Wir werden in Zukunft einen gravierenden Klimawandel erleben mit Erderwärmung, steigenden Meeresspiegeln und verheerenden Stürmen mit Folgen für große Teile der Erdbevölkerung. Die Umsetzung des Kyoto-Protokolls wird daher von vielen als absolut notwendig angesehen. Während die einen dabei wieder zurück zur Kernkraft wollen, sehen andere die Zukunft in erneuerbaren Energien.

Welcher Weg ist für Sie der richtige?

Thema: Rassismus/Rechtsextremismus

Die Bekämpfung rechtsradikaler Umtriebe und neonazistischen Gedankengutes stehen in langer antifaschistischer Tradition des Stadtjugendrings. Deshalb liegt unser besonderes Augenmerk auf dem Umgang mit Parteien des rechten Spektrums.

Halten Sie - auch nach einem bereits gescheiterten Versuch - ein Verbot solcher Parteien für den richtigen Weg?

Verabschiedet auf der Jahreshauptversammlung am 8./9.07.05 in Neustadt/Weinstr.